

Austauschtreffen Ohkamp

Dienstag, 11. Oktober, 19.30 bis 20.45 Uhr

In der Interessengemeinschaft um den Lentersweg IGL e. V., Flughafenstraße 91

Gesprächsleitung: Yvonne Nische, Dezernentin Soziales, Jugend und Gesundheit im Bezirksamt Hamburg-Nord

Information durch:

- Petra Lotzkat, Staatsrätin der Sozialbehörde
- Thomas Melchert, Leitung der Stabsstelle Flüchtlinge und übergreifende Aufgaben (SFA)
- Tom Oelrichs, Dezernent für Soziales, Jugend und Gesundheit im Bezirksamt Wandsbek
- Karoline Schmitt, Bereichsleiterin Mitte, Nord, Senioren-Wohnen bei Fördern & Wohnen

Protokoll: Sina Rohlwing, Quartiersmanagement Ohkamp (TOLLERORT entwickeln & beteiligen)

Frau Nische begrüßt die rund 30 Teilnehmenden und erläutert den Grund der Einladung zu diesem Austauschtreffen. **Anlass** ist die **Einrichtung eines Interimsstandortes für Geflüchtete** auf dem Grundstück angrenzend an die Unterkunft mit Perspektive Wohnen (UPW) in der Flughafenstraße 64-82.

Vor diesem Hintergrund beabsichtigt die FHH (Freie und Hansestadt Hamburg) auf dem Grundstück des UPW-Standortes Ohkamp die bestehende Einrichtung um einen Interimsstandort mit rund 220 Plätzen befristet zu erweitern.

Herr Melchert unterrichtet zunächst zur aktuellen Lage. Die Präsentation liegt dem Protokoll an und beinhaltet einen Überblick zu

- der Zugangssituation Asyl- und Schutzsuchender in Hamburg,
- dem Sozialraum rund um die UPW Ohkamp und
- einen Planungsentwurf einer öffentlich-rechtlichen-Unterkunftserweiterung am Standort der UPW Ohkamp.

Ergänzend zur Darstellung in der Sitzung dazu folgende zusammenfassende Ausführungen zum Protokoll mit Stand vom 01.11.2022:

Aufgrund kontinuierlich steigender Zugangszahlen geflüchteter Menschen in Deutschland und Hamburg wurden bereits in den letzten Monaten gesamtstädtisch diverse Anstrengungen unternommen, um weitere und auch kurzfristig verfügbare Kapazitäten in Hamburg zu akquirieren und für die jeweiligen Zwecke nutzbar zu machen. Während der gesamte Unterbringungsbedarf in den Erstaufnahmen und der öffentlich-rechtlichen Unterbringung in Hamburg seit Beginn der Flüchtlingskrise 2015 / 2016 leicht rückläufig war, wurden bereits seit Mitte 2021 wieder deutlich steigende Zugangszahlen geflüchteter Menschen in Hamburg verzeichnet.

Grund für die steigenden Zugangszahlen seit Mai 2021 waren bisher insbesondere die Situation in Afghanistan, die Sekundärmigration aus Griechenland und der weiterhin bestehende Druck auf den Hauptmigrationsrouten. Durch den unvorhersehbaren Angriff Russlands auf die Ukraine am 24.02.2022 hat sich die ohnehin angespannte Situation nochmals verschärft.

Mit Stand vom 01.11.2022 waren im Oktober 3.390 Registrierungen im Ankunftszentrum zu verzeichnen. Der Anteil des Verbleibs dieser Menschen in Hamburg lag bei 81,9 % (2.777 Personen). Die Unterbringungsquote in Höhe von 81,3 % der Verbliebenen (2.259 Personen) ist weiterhin sehr hoch, was zu einer starken Auslastung des Ankunftszentrums führt. Sämtliche inzwischen geschaffenen Kapazitäten sowie die Kapazitäten des Regelsystems insgesamt sind nahezu zu 100 % ausgelastet und der Umstand, dass weitere noch in der baulichen Errichtung befindliche Standorte noch nicht fertiggestellt sind, erfordert momentan leider auch die Inbetriebnahme weiterer sehr schnell und kurzfristig bereitgestellter Notplätze in Hallen und Zelten.

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine am 24.02.2022 sind mit Stand 01.11.2022 bereits 39.163 Schutzsuchende aus der Ukraine in Hamburg registriert worden. Davon sind 35.052 Schutzsuchende in Hamburg verblieben, 4.111 Schutzsuchende wurden in andere Bundesländer verteilt. Im Oktober verblieben 1.885 registrierte Schutzsuchende aus der Ukraine in Hamburg, wovon 80,8 % einen Unterbringungsbedarf in einer öffentlich-rechtlichen Unterbringung angemeldet haben. Auch die Zahl der sonstigen in Hamburg registrierten Asyl- und Schutzsuchenden liegt mit 1.206 im Oktober so hoch wie zuletzt im Frühjahr 2016. Dabei ist der Anteil der mit Unterbringungsbedarf in Hamburg verbleibenden Menschen deutlich höher als zuvor. Gemessen an der Zahl aller Registrierungen von Asyl- und Schutzsuchenden in diesem Jahr, wurde der Wert des Gesamtjahres 2015 bereits im September übertroffen.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine, der hohen Zahlen asyl- und schutzsuchender Menschen auf der Balkanroute und insgesamt damit in Verbindung stehender Wintersaison 22 / 23 ist damit zu rechnen, dass auch in den kommenden Wochen und Monaten keine Entspannung dieser Situation zu erwarten ist.

Um auf die nach wie vor dynamische Entwicklung der Fluchtbewegung aus dem ukrainischen Kriegsgebiet vorbereitet zu sein, werden daher derzeit in der gesamten Stadt zusätzliche Standorte zur Unterbringung von Geflüchteten geprüft und bestehende Kapazitäten ausgebaut. Diese Herausforderung wird insofern verstärkt, als dass aufgrund der Abbauverpflichtungen diverser Bürgervertragsstandorte sowie nicht verlängerbarer Mietverträge (z. B. aufgrund anstehender Wohnungsbauvorhaben) Unterbringungsplätze in den nächsten Jahren verloren gehen werden. Es ist daher nicht nur erforderlich neue Wohnunterkünfte zu planen, sondern auch bestehende, aufgrund der vertraglichen Vereinbarung zu schließenden Standorte nach Möglichkeit zu verlängern bzw. zu erweitern. Die Sozialbehörde ist dazu seit mehreren Monaten mit den Bezirksämtern sowie den örtlichen Bürgervertragsinitiativen im Gespräch.

Im Anschluss an die Information haben die Teilnehmenden Gelegenheit Rückfragen zu stellen.

Frage: Wie kommt es, dass trotz der hohen Nachfrage noch freie Plätze zur Verfügung stehen?

Frau Lotzkat und Herr Melchert erwidern, dass es immer Plätze gebe, die nicht belegbar seien. Beispielsweise würden in Familien-Wohnungen keine fremden Personen einziehen. Einige Wohnungen können auch aufgrund von Renovierungsarbeiten vorübergehend nicht genutzt werden. Je nach Personengruppe (große Familien, Frauen mit Kindern, Alleinreisende, ...) seien die Unterbringungsbedarfe unterschiedlich, es könne nicht jeder überall untergebracht werden.

Frage: Wird auch das Grundstück der ehemaligen Schule in der Flughafenstraße mit bedacht: Was tut sich auf diesem Grundstück? Kann es ggf. mit einbezogen werden?

Das Grundstück liege in der Hand der SAGA, auch eine Kita der Elbkinder befinde sich dort. Bevor das verbliebene Schul- bzw. Kita-Gebäude abgerissen werden könne, müsse zunächst der Neubau für die Kita fertiggestellt sein.

Eine Hamburger Vereinbarung sehe vor, dass durch die Einrichtung von Unterkünften für Geflüchtete der Wohnungsbau – und insbesondere der soziale Wohnungsbau – nicht behindert werden dürfe. Herr Oelrichs berichtet, dass das Bebauungsplanverfahren für diesen Bereich einige Zeit in Anspruch genommen hätte. Nun gebe es wegen der oben geschilderten Reihenfolge der Abrisse und Bauten Verzögerung, die aber keineswegs das SAGA-Vorhaben grundsätzlich in Frage stellen.

Das Grundstück stehe folglich nicht für eine Unterbringung zur Verfügung.

Frage: Steht bereits fest, wer in die Interimsunterkunft einziehen wird?

Bei ukrainischen Geflüchteten gebe es ein deutliches Übergewicht an Frauen und Kindern. Da an dieser Stelle in Kombination mit der bereits bestehenden Unterkunft nun ein insgesamt großer Standort entstehe, werde sehr auf die Zusammensetzung der Sozialstruktur geachtet. In Anbetracht der unklaren Lageentwicklung ist eine Festlegung auf bestimmte Klientengruppen (UKR oder sonstige Asyl- und Schutzsuchende) noch nicht möglich.

Frage: Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass Container doch recht lange bewohnt bleiben. Dieses sei besonders für Kinder und Jugendliche schlimm: Werden auch UPW-Standorte ausgebaut, um diesen Personengruppen kurz- bis mittelfristig eine geeignete Unterkunft zur Verfügung stellen zu können?

Die Flächenkonkurrenz sei eines der größten zu bewegendenden Themen – es würden Flächen für den Bau neuer Standorte gebraucht. Die Stadt Hamburg bemühe sich intensiv, geeignete Standorte zu akquirieren. Es gebe beispielsweise Ankäufe von Wohnungen für Fördern & Wohnen, um Menschen aus Unterkünften herausnehmen zu können. Weitere Standorte würden bestmöglich ausgestaltet und parallel auch – wenn möglich – neue Standorte entwickelt. Container-Unterkünfte würden eingerichtet, da aufgrund des starken Anstiegs der Anzahl der Geflüchteten schnell Lösungen für die Unterbringung gebraucht werden.

Hinweis: Die Leiterin der Kita Flugbegleiter, die auf dem Gelände der UPW Ohkamp liegt, weist darauf hin, dass über 30 Kinder aus der UPW auf der Interessentenliste der Kita stünden. Auch die Elbkinder-Kita in der Flughafenstraße sei voll. Insgesamt gebe es im Umfeld zwar viele Kitas, trotzdem seien aber nicht alle Kinder mit einem Kita-Platz versorgt.

Frau Lotzkat sichert zu, dass sie das Thema mitnimmt. Vorrangiges Ziel sei es, dass alle Kinder einen Kita-Platz in der Nähe ihres Wohnortes finden können.

Hinweis: Die Leiterin der Elbkinder-Kita in der Flughafenstraße weist darauf hin, dass in ihrer Einrichtung bereits Kinder aus der Ukraine aufgenommen wurden. Es werde in diesem Zusammenhang auch viel Trauma-Arbeit geleistet. Die Mitarbeiter*innen müssen dieses leisten, obwohl sie keine Traumapädagogen seien. In der Betreuung sei diese Arbeit sehr anspruchsvoll.

Das Thema betreffe nicht nur Kita-Kinder, sondern auch Jugendliche. Frau Lotzkat erwidert, dass die Kapazitäten in der Traumaambulanz verstärkt wurden. Die Leiterin der Kita bat darum, dass die Fachkräfte in den Kitas zum Thema Trauma geschult werden. Frau Lotzkat sicherte zu, dieses Thema mit der Sozialpädagogischen Fortbildung zu besprechen, um diesen Wunsch Rechnung zu tragen.

Hinweis: Eine Mitarbeiterin aus dem Bereich Standortentwicklung des DRK-KiJu weist darauf hin, dass es wieder vermehrt Anfragen für eine halboffene Betreuung in den Unterkünften gebe. Hierfür fehle allerdings das Fachpersonal. 2015 / 2016 konnten viele Quereinsteiger gewonnen werden, die sich nachträglich für eine Kita-Ausbildung entschieden hätten. Dieses sei derzeit nicht der Fall.

Die Qualifizierung von Quereinsteigerinnen und -einsteiger habe aus Sicht der Sozialbehörde weiterhin hohe Priorität. Es werde auch versucht auch ukrainische Personen aus dem Bereich Pädagogik zu akquirieren und dem Fachkräftemangel so entgegenzuwirken.

Frage: Wird eine zukünftige Aufstockung der Container vorbehalten oder ist die Zahl von rund 220 Personen fix?

Angesichts des direkt angrenzenden UPW-Standortes wurde sich für dieses Container-Modell entschieden. Es werde nicht aufgestockt.

Frage: Wurde schon mit den Schulen im Umfeld gesprochen? Können diese die Kinder überhaupt aufnehmen?

Die Planungen seien der Schulbehörde bekannt. Sollten die Kapazitäten nicht ausreichen würden wieder Shuttle-Busse zu anderen Schulstandorten eingerichtet.

Frage: In den Containern ist nur wenig Platz für Gruppenräume vorgesehen. Unabhängig von den geplanten Gruppenräumen: Was ist – auch mit Blick auf den begrenzten Platz – an zusätzlicher Versorgung für die Kinder angedacht?

Ggf. könne ein weiterer Gruppenraum vorgesehen werden – dann stünden in der Interimsunterkunft aber nur noch 196 Plätze zur Verfügung.

Es müsse eine enge Zusammenarbeit mit den Bezirken Nord und Wandsbek sowie den unterschiedlichen Angebotsträgern geben vor dem Hintergrund der Frage, welche Angebote gebraucht werden, damit der Standort gut laufen könne. Die Bezirke können im Rahmen des Genehmigungsverfahrens Bedarfe äußern. Sie müssen mit den Angebotsträgern in die Diskussion gehen, ob das bestehende Angebot ausreicht oder ob dieses ausgebaut werden muss.

Im Rahmen aller Standortentwicklungen erfolgt ein sehr enger Austausch zwischen Fördern & Wohnen, der SFA und dem jeweiligen Bezirk, der auch die Betrachtung des Sozialraumes umfasst. Im Rahmen der ordentlichen Bauantragsverfahren und des Verfahrens nach § 28 Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG) wird der Bezirk gebeten, den Sozialraum zu bewerten und erforderliche Maßnahmen festzustellen und zu benennen.

Frau Schmitt betont, dass Fördern & Wohnen um jeden Wohnplatz ringe. Insbesondere Kinder sollen in einer stabilen, ruhigen Umgebung unterkommen – nicht in Hotels und Hallen.

Hinweis: Ein in der UPW ehrenamtlich Aktiver weist darauf hin, dass durch die Corona-Hygieneregeln die vorhandenen Räume nicht ausgereicht hätten. Wenn noch mehr Menschen hinzukommen, kann es – mit Blick auf erneut drohende Corona-bedingte Einschränkungen – eng werden, so dass ggf. wieder Menschen abgewiesen werden müssen.

Frau Lotzkat sichert zu, das Thema „Gemeinschaftsräume“ noch einmal zu durchdenken.

Protokollnotiz Sozialbehörde: Die Planungen werden derzeit überarbeitet und eine Aufstockung zugunsten von Sozialräumen bei gleichzeitigem Erhalt der Plätze geprüft.

Hinweis: Eine Mitarbeiterin von basis & woge merkt an, dass der Fokus von basis & woge nicht nur auf der Arbeit vor Ort (in den Gemeinschaftsräumen) liege, sondern auch auf die Einbindung der Familien und Jugendlichen in den Sozialraum.

Frau Nische bestätigt, dass beides gebraucht werde. Mit Blick auf die Integration sei das Rausgehen aus der Unterkunft auch explizit gewünscht. Die Einschätzung, dass eine „richtige“ Integration im Sozialraum stattfinde und daher Angebot auch außerhalb der Unterkünfte geschaffen werden müssen, wird durch mehrer Teilnehmende geteilt.

Frage: Was ist mit Blick auf eine Erweiterung / Vergrößerung des IGL-Gebäudes geplant?

Die Leiterin der IGL ergänzt, dass dieses wichtiger denn je geworden sei. Die IGL strebe an, ihre Größe zu verdoppeln. Zurzeit sei der Bedarf bzw. die Nachfrage nach den Angeboten sehr hoch. Dieses mache eine strenge Einteilung notwendig – sind beispielsweise Kindergruppen im Haus, dürfen Jugendliche sich nicht zeitgleich dort aufhalten. Im Zuge der Corona-Pandemie sei die Nachfrage stark gestiegen. Täglich besuchen rund 60-100 Kinder die IGL. Unter den derzeitigen Umständen sei eine pädagogisch gute Arbeit nur teilweise möglich. Der Bauantrag für die Erweiterung wurde bereits gestellt. Es brauche aber auch zusätzliches Personal und ein höheres Budget für Sach- und Betriebskosten.

Herr Oelrichs merkt an, dass Finanzierungsquellen gefunden werden müssen – insbesondere für die laufenden, dauerhaften Kosten wie Bauunterhaltung und zusätzliche Personalkosten. Die Bezirksversammlung zeigt sich grundsätzlich offen, für die Erweiterung und Aufstockung finanzieller Mittel, habe aber nur begrenzte Finanzierungsmöglichkeiten.

Frau Nische ergänzt, dass auch der Bezirk Hamburg-Nord Mittel zur Verfügung stelle und eine halbe Stelle in der IGL finanziere, obwohl diese zum Bezirk Wandsbek gehöre. Der Bezirk könne aber keine investiven Mittel zur Verfügung stellen.

Hinweis: Die Leiterin der Kita Flugbegleiter merkt an, dass eine Integration in der Kita sehr schwierig sei. Noch vor zwei Jahren kamen 98 % der Kinder aus der UPW und nur 2 % aus dem Stadtteil. Unter diesen Voraussetzungen sei die pädagogische Arbeit schon allein aufgrund der Sprachbarrieren extrem schwierig. Auch sei es schwierig Fachpersonal zu finden – es gebe eine hohe Mitarbeiterfluktuation. Mittlerweile kommen nur noch 66 % der Kinder aus UPW und 34 % aus dem Stadtteil. Es müsse deutlich sein, dass die Kita nicht nur für Kinder aus der Unterkunft geschaffen wurde, sondern auch für Kinder aus dem Stadtteil. Kommen die Kinder nur aus der Unterkunft, ist keine Integration möglich. Auch andere Kitas aus dem Umfeld müssen stärker mit einbezogen werden.

Frau Lotzkat erwidert, dass es klar sei, dass die Arbeit unter diesen Bedingungen schwierig sei. Es werde politisch um die Fortsetzung der sogenannten Sprachkitas gerungen. Darüber hinaus gebe es auch die Landesförderung über Kita-Plus.

Frage: Wie lange bleibt die bestehende UPW noch eine Unterkunft für Geflüchtete?

Dieses sei auf einen Zeitraum von insgesamt 15 Jahren begrenzt.

Frage: Wer erhält das Geld für die Unterkunft?

Fördern & Wohnen zahle eine Miete an den Investor. Für die Höhe der Miete gebe es unterschiedliche Sätze und Standards – sie hänge also vom jeweiligen Standort ab. Auf der Suche nach weiteren geeigneten Standorten sei die Stadt aufgrund der hohen Flächenkonkurrenz in einer schwierigen Verhandlungssituation. Es würden alle potenziellen Objekte und Flächen angeschaut, es werde aber nicht jeder Standort genommen.

Frau Lotzkat weist abschließend darauf hin, dass bereits morgen – nach diesem Gespräch – mit vorbereitenden Rodungsarbeiten begonnen werde. Sie bitte um Verständnis.

Frau Lotzkat und Frau Nische bedanken sich ganz ausdrücklich für die konstruktiven Beiträge. Sie versichern, weiterhin im Gespräch zu bleiben und zum Projektfortgang zu informieren, sobald die Planungen konkreter werden.

Protokoll: Sina Rohlwing, TOLLERORT entwickeln & beteiligen, in Abstimmung mit Sozialbehörde, Bezirksamt Hamburg-Nord und Wandsbek

Veranstalter:

Bezirksamt Hamburg-Nord

Quartiersmanagement Ohkamp:

TOLLERORT entwickeln & beteiligen | mone böcker & anette quast gbr | Palmaille 96, 22767 Hamburg

Kontakt: Sina Rohlwing | Tel.: 040 3861 5595 | Mobil: 0176 74 73 86 80

E-Mail: ohkamp@tollerort-hamburg.de | www.gemeinsam-in-fuhlsbuettel-nord.de